



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision 9 septembre 1992

Decisione

Mitwirkung der Mitglieder des Bundesrates im Vorfeld der EWR-Abstimmung

Vu le papier de discussion de la Chancellerie fédérale du 3 août 1992 et le complément du 8 septembre 1992 et après délibération, il est

décidé:

La Chancellerie fédérale est chargée, en collaboration avec le BI et les services d'information des départements:

1. de préparer un canevas précis pour une information dans le sens proposé pour la phase "bis Ende Oktober" sans les quatre manifestations proposées dans le complément du 8 septembre 1992;
2. de proposer des solutions concrètes pour la phase "von Ende Oktober bis zum 6. Dezember";
3. d'établir une synthèse des engagements demandés (ou acceptés) aux conseillers fédéraux.

Pour extrait conforme,

Musael Müller

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	2	-
	X	EDI	2	-
	X	EJPD	2	-
	X	EMD	2	-
	X	EFD	2	-
	X	EVD	2	-
	X	EVED	2	-
X		BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		





SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Bern, 3. August 1992

Vertraulich

An den
Bundesrat

A U S S P R A C H E P A P I E R

Mitwirkung der Mitglieder des Bundesrates
im Vorfeld der EWR-Abstimmung

1. Versuch einer Lageanalyse Ende Juli 1992

Nachdem der Bundesrat rechtzeitig auf Ende Juni seine Anträge an das Parlament verabschiedet hatte (EWR-Botschaft, 3. Integrationsbericht, Eurolex) wurde in den letzten Wochen die politische Diskussion um den integrationspolitischen Kurs der Schweiz eindeutig von den Gegnern sowohl eines EWR wie vor allem auch eines EG-Beitrittes dominiert. In den Medien hat vor allem Nationalrat Blocher das Terrain beherrscht, und die Einberufung der SVP-Kantonalversammlung im Ablisgüetli ist eindeutig als gelungener Schachzug zu werten. Viel Beachtung haben auch die öffentlichen Erklärungen von alt Bundesrat Chevallaz (eindeutige Stellungnahme gegen einen EG-Beitritt der Schweiz) gefunden.

Auf der sachlichen Ebene haben zwei Ereignisse die politische Diskussion in der Schweiz zusätzlich belastet. Es geht zum ersten um die Maastrichter Verträge und deren Ablehnung durch Dänemark. Die Auswirkungen auf die schweizerische Öffentlichkeit sind nicht ausgeblieben, und die Leute scheinen noch mehr als vorher Angst vor einer allzu zentralistischen EG zu haben. Die kommende Diskussion in Frankreich (Referendum am 20. September) wird das Klima in der Schweiz ebenfalls beeinflussen. Auch wenn die Meinungsumfragen einen positiven Entscheid der Franzosen prognostizieren, ist der Ausgang ungewiss, handelt es sich doch zum Teil auch um eine Abstimmung pro oder kontra Mitterrand, dessen Popularitätsquote auf einen Tiefpunkt gesunken ist. Als zweites belastendes Ereignis ist die Polemik um das Ausschalten des Referendums gegen die Eurolex-Vorlage zu werten. Auch wenn nun eine Kompromißlösung gefunden worden ist, hat die Diskussion über das heikle Thema der politischen Rechte in bezug auf die europäische Integration einen schlechten Start erfahren. Eine ähnliche Entwicklung ist in den nächsten Wochen in bezug auf die flankierenden Massnahmen zu erwarten, welche vor allem die Gewerkschaften fordern, falls es dem Bundesrat nicht gelingt, rechtzeitig wenigstens einen Teil dieser Forderungen befriedigend zu erfüllen. Dasselbe gilt für die Auswirkungen des EWR auf die zweite Säule der Gastarbeiter in der Schweiz. Es handelt sich hier um eine offene Frage, welche bereits eine Kundgebung in Bern sowie polemische Töne bewirkt hat. Im Kanton Tessin zum Beispiel haben rund tausend italienische Gastarbeiter angekündigt, sie planten vor Ende des Jahres ihre Stelle zu kündigen, um rechtzeitig in den Genuss ihrer Beiträge zu kommen.

Alle diese Fakten wurden von den Medien aufgenommen, wegen der Saure-Gurken-Zeit zum Teil mit grosser Beachtung.

Bisher hat die Reaktion auf diese insgesamt negative Grundstimmung ihr Ziel verfehlt. Die sachliche Argumentation von Staatssekretär Blankart an der Zürcher SVP-Versammlung wurde kaum beachtet, und die frühzeitige Schaffung eines Pro-EWR-Komitees hat mehr Kritik ("schlechte Vorbereitung", "nichts Neues", "wenig überzeugende Argu-

mentation") als Lob hervorgebracht. Auch der Versuch von Nationalrat Ernst Mühlemann, sich als Anti-Blocher zu profilieren, ist fehlgeschlagen. Zwar haben ihm einige Medien viel Platz eingeräumt (vor allem die Ringier-Presse), doch waren die Reaktionen insgesamt negativ. Dies kam vor allem in zahlreichen Leserbriefen zum Ausdruck, welchen ebenfalls viel Platz eingeräumt wurde. Als plumper Faux-pas darf auch der Versuch von SP-Präsident Bodenmann gewertet werden, die politische Haltung von Nationalrat Blocher mit derjenigen von EMS-Chef Blocher zu vermischen.

In den Medien haben sich in den letzten Tagen sowohl der Ruf nach einer Gegenoffensive wie auch die Suche nach einer Person verstärkt, welche als Anti-Blocher auftreten kann. Zwar wird in Anbetracht der Ferienzeit Verständnis für diesbezügliches Zuwarten aufgebracht, doch wehren sich vor allem die Pro-Europa-Medien dagegen, das Terrain den Gegnern eines EWR zu überlassen.

Bei dieser eher düsteren Analyse darf der einzige Lichtblick nicht verschwiegen werden. Es handelt sich um die VOX-Analyse über die Abstimmung vom 17. Mai 1992, welche klar zum Schluss kommt, dass die positive Haltung gegenüber den Bretton-Woods-Institutionen vor allem als Zeichen des Vertrauens gegenüber dem Bundesrat zu werten ist. Die VOX-Analyse bestätigt zudem, dass die Schweizer Stimmbürger mehrheitlich gegen eine Isolation der Schweiz eingetreten sind und ihre Meinung an der Urne vorab bei den Gewässerschutz-Vorlagen sehr differenziert geäußert haben.

In diesem Zusammenhang scheinen mir die noch nicht publizierten Ergebnisse einer durch den Forschungsdienst der SRG durchgeführten Meinungsumfrage von Interesse zu sein. Zwar wurde diese Umfrage vom 1. bis 12. Juni 1992 durchgeführt, das heisst vor Beginn der Blocher-Kampagne, doch sind die Ergebnisse sowohl in bezug auf die Fähigkeit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, differenziert Stellung zu beziehen, als auch in bezug auf den Informationsstand der Oeffentlichkeit beachtenswert.

Wenigstens zwei Ergebnisse dieser bei 1'412 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern durchgeführten Umfrage verdienen es, erwähnt zu werden.

Auf die Frage nach der Haltung zum EWR-Beitritt der Schweiz antworten 28,4% der Befragten, "sie würden sich freuen", für 14'8% "wäre dies eine Katastrophe", und nicht weniger als 51% betrachten den Beitritt als "notwendiges Uebel". In bezug auf den EG-Beitritt sind die Antworten ähnlich: 47,9% betrachten diesen als "notwendiges Uebel", 25,3% würden "sich freuen" und 20,5% plädieren für das Katastrophen-Szenario.

Das zweite Ergebnis betrifft die konkreten Auswirkungen einer Integration der Schweiz in Europa. Folgende Resultate beweisen, dass das Schweizer Volk differenziert Stellung bezieht:

1. Sinken die Preise der Konsumgüter?
Ja 50,8%, nein 31,2%.
2. Gibt es einen Zustrom von Ausländern?
Ja 57,7%, nein 31,3%.
3. Würde der Einfluss der Schweiz in Europa wachsen?
Ja 55,7%, nein 27,1%.
4. Würde die Schweiz politische Unabhängigkeit einbüßen?
Ja 63,8%, nein 24,1%.
5. Würde der Frieden in Europa verstärkt?
Ja 36,3%, nein 43,9%.
6. Wäre die Neutralität beeinträchtigt?
Ja 67,4%, nein 23%.
7. Würde die Konkurrenzfähigkeit zunehmen?
Ja 56,3%, nein 24,2%.

8. Würde die Arbeitslosigkeit zunehmen?
Ja 56,7%, nein 25,7%.
9. Könnten sich die Schweizer in Europa freier bewegen?
Ja 82,9%, nein 5,5%.
10. Würde der Lebensstandard abnehmen?
Ja 57,9%, nein 27%.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ableiten:

Zuerst einmal können die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Vorteile und Nachteile des EWR tendenziell gut und differenziert erfassen. Dies widerspricht der allgemein verbreiteten Aussage, wonach das Volk nicht oder schlecht informiert sei.

Zweitens zeigen die Resultate der Umfrage, dass sich die Gegner, allen voran Nationalrat Blocher, gezielt und gekonnt auf die für die Mehrheit der Schweizer als Schwachpunkte des EWR empfundenen Konsequenzen konzentrieren (weniger Unabhängigkeit, mehr Ausländer und Arbeitslose, weniger Lohn). Bewusst verzichten die Gegner, auf die andern, als positiv empfundenen Konsequenzen einzugehen (tiefere Preise, grösserer Einfluss in Europa, verbesserte Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, mehr Bewegungsfreiheit für Schweizer Bürger).

Drittens ist unabhängig von den ganz konkreten Argumenten die Isolation der Schweiz allgemein als nachteilig zu betrachten. Nicht umsonst beurteilen mehr als die Hälfte der Befragten den EWR als ein "notwendiges Uebel". Dieses Argument in die Diskussion einzubringen scheint deshalb sehr wichtig, nicht nur aufgrund der Erfahrungen bei der Bretton-Woods-Abstimmung, sondern auch weil die Gegner eines EWR dafür keine glaubwürdige Antwort haben.

Diese summarische und keineswegs abschliessende Analyse zeigt die Notwendigkeit, den Gegnern eines EWR-Beitrittes so schnell wie möglich, spätestens aber nach den Sommerferien das Oeffentlichkeitsfeld strittig zu machen.

2. Die künftigen Oeffentlichkeitsarbeiten

Vorausgesetzt die Volksabstimmung über den EWR findet wie geplant am 6. Dezember statt (was in jeder Hinsicht zu begrüssen wäre, denn schon ein Hinausschieben auf den Monat März 1993 würde als Niederlage des Bundesrates betrachtet und keinen Vorteil bringen), sollten die verschiedenen Schwerpunkte der Oeffentlichkeitsarbeit unverzüglich grob geplant werden. Dabei gilt es vor allem auf die NEAT-Abstimmung vom 27. September Rücksicht zu nehmen und den Zeitpunkt der vorgesehenen parlamentarischen Beratungen zu berücksichtigen. Bei dieser Konstellation zeichnen sich bis zum 6. Dezember drei Phasen ab:

1. Phase, bis zum 27. September

In dieser Phase wird das Integrationsbüro seine Tätigkeit verstärken. Es geht primär (bis Ende August) um die Veröffentlichung der Informationsbroschüren (EWR im Spiegel der Meinungen, popularisierte Fassung der EWR-Botschaft, Fragen und Antworten zum EWR) sowie ab 18. August um die Einrichtung des Telefondienstes für die Anfragen aus der Oeffentlichkeit. In diesem Zeitraum sollte auch die Broschüre des EJPD über "Eurolex" erscheinen.

Wenn möglich bereits in der ersten Hälfte August sollten zudem zwei weitere Berichte veröffentlicht werden. Es handelt sich um die Studie "EWR und Konsumentenpreise" sowie um den Bericht "über die Auswirkungen des EWR in regionalpolitischer Hinsicht". Diese Studien sollen an einer eigenen Pressekonferenz - wie vorher die Studien über EWR und Arbeitsmarkt sowie EWR und Umwelt - von Spezialisten aus der Verwaltung und von auswärtigen Experten vorgestellt werden.

Die ausserordentliche Session von Ende August / Anfang September wird zudem genügend Gelegenheit bieten, über Europa zu diskutieren und in den Medien zu berichten.

In dieser Phase sind deshalb keine weiteren Anstrengungen vorzusehen, damit sich die Mitglieder des Bundesrates und die politischen Kräfte voll auf die NEAT (und auf die andern am 27. September zur Abstimmung gelangenden Vorlagen) konzentrieren können. Was die NEAT betrifft, so wird über den Einsatz der Mitglieder des Bundesrates gesondert zu entscheiden sein. Vorzusehen wäre mindestens eine Medienkonferenz mit der Teilnahme von mehreren Bundesräten und andern Interessierten (ähnlich wie bei Bretton-Woods), wenn möglich unmittelbar nach den Sommerferien.

2. Phase, bis Ende Oktober

Es ist davon auszugehen, dass Anfang Oktober die parlamentarischen Beratungen über den EWR abgeschlossen sein werden. Es gilt deshalb, vor der eigentlichen Abstimmungsphase den durch das Integrationsbüro und die parlamentarischen Beratungen gelegten Informationsteppich zu vertiefen und zu finalisieren. In dieser Phase können folgende vier Veranstaltungen in Erwägung gezogen werden:

- EWR, Aussen- und Sicherheitspolitik (BP Felber, BR Villiger)
- EWR, Wirtschaft und Finanzen (BR Delamuraz, BR Stich)
- EWR, Verkehr und Umwelt (BR Ogi, BR Cotti)
- EWR, Institutionen und politische Rechte (BR Koller, BK Couchepin)

Diese Themen sollen an separaten Anlässen der Öffentlichkeit vorgestellt werden (Pressekonferenzen, Presseseminare, Studientagungen usw.). Es soll keineswegs um einseitige Informationen gehen, in denen nur die Vorteile des EWR unterstrichen werden, sondern um objektive Darstellungen der Sachlage. Differenzierte Schlussfolgerungen sind erwünscht, weil glaubwürdig. Solche Anlässe sollten auch dazu dienen, die in der Öffentlichkeit bisher nur in

Bruchstücken dargelegten Auswirkungen des EWR in grössere Zusammenhänge zu stellen.

In dieser Phase gilt es auch, die von den Medien offerierte Gelegenheit zur Stellungnahme zu nutzen. Als Beispiel dafür ist die Anfrage des "Sonntags-Blick" zu erwähnen, mit den Mitgliedern des Bundesrates je ein Interview über die Auswirkungen des EWR auf ihre departementalen Tätigkeitsgebiete zu machen (mit Fotos). Es wäre geradezu unverstänglich, wenn der Bund für die Information beinahe 6 Millionen Franken ausgäbe und die Möglichkeit, in einer ansprechenden Form unentgeltlich fast eine Million Leserinnen und Leser zu erreichen, verpassen würde.

3. Phase, von Ende Oktober bis zum 6. Dezember

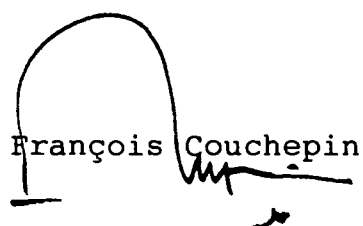
In dieser Phase des eigentlichen Abstimmungskampfes sollen vor allem Parteien, Verbände, Komitees usw. im Vordergrund stehen. Wie üblich sollen sich aber die Mitglieder des Bundesrates nicht verstecken, sondern an Veranstaltungen den Standpunkt des Bundesrates vertreten. Der Einsatz der Mitglieder des Bundesrates sollte aber dosiert und koordiniert werden. Eine allzu starke Präsenz der Bundesräte wirkt häufig kontraproduktiv (Beispiel UNO-Abstimmung), während eine Nicht-Teilnahme in Anbetracht der Bedeutung dieser Abstimmung ebenfalls unverstänglich wäre. Auch gilt es, diese Auftritte regional und nach Sprachregionen sinnvoll zu verteilen. Die Bundeskanzlei sollte beauftragt werden, diese Koordinationsaufgabe zu übernehmen und zuhanden des Bundesrates rechtzeitig Vorschläge für den Einsatz seiner Mitglieder zu unterbreiten.

3. Schlussbemerkungen

Nous vous proposons de discuter cette note et de charger la Chancellerie fédérale, [en collaboration avec le BI et les services d'information des départements]

1. de préparer un canevas précis pour une information dans le sens proposé pour la phase "bis Ende Oktober"
2. de proposer des solutions concrètes pour la phase "von Ende Oktober bis zum 6. Dezember".

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
Der Bundeskanzler


François Couchepin



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

Berne, le 8 septembre 1992

Au Conseil fédéral

Monsieur le Président,
Messieurs les Conseillers fédéraux,

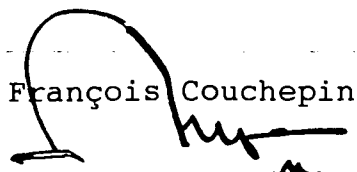
Je me permets de vous faire parvenir en annexe un complément à la proposition de la Chancellerie fédérale du 3 août sur la deuxième phase de la campagne (page 7 du papier de discussion).

Selon cette proposition, qui a été mise au point par les services d'information de la Chancellerie fédérale et du Bureau de l'intégration, il s'agit d'organiser quatre manifestations dehors de Berne, afin de permettre à tous les membres du Conseil fédéral et au Chancelier de prendre position, aux côtés de représentants des milieux directement intéressés, sur les aspects de l'AEEE et de la politique d'intégration européenne de la Suisse. Il s'agit en premier lieu d'atteindre directement, outre les journalistes du Palais fédéral, qui seront également invités, la presse locale et internationale ainsi que la presse spécialisée.

Il va de soi que les propositions ci-jointes devront encore être affinées. Nous les portons à votre connaissance pour éclairer les objectifs ainsi que les modalités d'exécution possibles de notre projet.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, Messieurs les Conseillers fédéraux, l'expression de ma considération très distinguée.

CHANCELLERIE FEDERALE
Le Chancelier
de la Confédération

François Couchepin


Ergänzung zu Punkt 2 / Aussprachepapier vom 3. August 1992 über die Mitwirkung der Mitglieder des Bundesrates im Vorfeld der EWR-Abstimmung

Vorbemerkung

Bei den Veranstaltungen handelt es sich um dezentrale Medienkonferenzen, die ausserhalb Berns durchgeführt werden.

Eingeladen würden Lokal- und Inlandredaktionen, Bundeshausjournalisten (es ist anzunehmen, dass sicher die Agenturen, Radio und Fernsehen darüber berichten) sowie die spezialisierte Presse, wie z.B. die Wirtschaftsredaktionen.

Die vier Veranstaltungen werden folgende Themenkreise beinhalten:

1. EWR, Wirtschaft und Finanzen

BR Delamuraz und Stich

Message: Schweiz braucht starke Exportwirtschaft, dazu ist EWR notwendig. Nur starke Volkswirtschaft garantiert Arbeitsplätze und ermöglicht gesundes Gewerbe. Auch die Landwirtschaft braucht starke Wirtschaft. Gleiches gilt für Finanzplatz Schweiz und öffentliche Finanzen.

Ort: Zürich oder Basel

Weitere mögliche Teilnehmer:

- Nationalbank: Lusser
- Arbeitgeber: Borgeaud (Vorort), Gasser (VSM)
- Gewerkschaften: Margrith Meier, Walter Renschler (SGB)
- Ausgewählte Vertreter der Wirtschaft: Hayek, Studer(SBG) oder anderer Vertreter einer Grossbank, Krauer/Gerber oder anderer Vertreter der Pharmaindustrie, Monika Weber, Eymann oder Kündig (Gewerbeverband), Sandoz (Präs.Bauernverband).

2. EWR, Aussen-Sicherheitspolitik

BR Felber und Villiger,

Message: Bescheidene EWR-Auswirkungen auf unsere Aussen-und Sicherheitspolitik. Dennoch: Schweiz ist weltoffener Partner (friedenserhaltende Aktionen). Neutralität aus sicherheits-und aussenpolitischer Sicht.

Ort: Genf vor Auslandpresse

Weitere mögliche Teilnehmer:

Rychen, Giles Petitpierre, Botschafter Krafft, Maitre(NR,Reg.), Prof. Curt Gasteyger, Prof. Spillman (ETH), Prof. Hofer, Hans Küng, Gaston Thorn (Erwartungen des Auslandes), De Pury.

3. EWR: Verkehr, Umwelt, Kultur und Wissenschaft

BR Ogi und Cotti

Message: Gelegenheit, Umwelt/Verkehr als grenzüberschreitende, nur gemeinsam lösbare Problemkreise darzustellen. Wenn Schweiz international mitmacht, kann sie ihre führende Rolle im Umwelt- und Verkehrsbereich besser beibehalten und einbringen. Schweiz profitiert auch in Bereichen Wissenschaft und Forschung vom EWR. Multikultureller Beitrag der Schweiz für Europa.

Ort: Basel, St. Gallen, Olten (Bahnhofbuffet als der Verkehrsknotenpunkt)

Mögliche weiter Teilnehmer:

Verkehr/Umwelt: Vertreter VCS, Automobilistenverbände/ASTAG, "Grüne und SP für EWR" (Jeanpraitre, Rebaud, Wiederkehr) NR
Christian Wanner, Stephan Schmidheiny,

Wissenschaft/Kultur: Prof. Ernst oder Arber (Nobelpreisträger), Daniel Schmid (Filmschaffender), SchriftstellerIn.

4. EWR: Institutionen und politischen Rechte

BR Koller und BK Couchepin

Message: Die traditionell schweizerischen Werte wie Föderalismus, Direktdemokratie, Minderheitenschutz sind durch unsere Annäherung an Europa nicht gefährdet, sondern im Gegenteil als Chance für das Europa von Morgen zu sehen.

Ort: Luzern

Mögliche weiter Teilnehmer:

a. Regierungsrat Jenny (Präs. Koko), Regierungsrat Franz Marti (Sz), Frau Reg.rätin Mürner, Reg.rat Honegger (Präs.CH-Stiftung), Rhinow, Zimmerli, Fleiner, Gabriel, Ricklin, a.BR Furgler, Jean-Francois Aubert, Yvetti Jaggi.